

**Sitzung des Beirats Östliche Vorstadt  
vom 12. November 2019  
Vorstellung der „Bildungsbrücke“**

**Protokoll**

**Anwesend**

vom Beirat	Partei		Ortsamt Mitte/Östliche Vorstadt
Steffen Eilers	GRÜNE		Hellena Hartung (Ortsamtsleitung)
Sona Terlohr			Manuela Jagemann (Protokoll)
Irmgard Lindenthal			
Alexandra Werwath			
Helmut Kersting	LINKE		
Birgit Menz			
Anke Kozlowski	SPD		Gäste
Rainer Ballnus			Pastor Klingbeil-Jahr, Friedensgemeinde
Peter Kadach	CDU		
Klaus-Peter Jonitz			
Stefan Schafheitlin-Derstadt	LiV		
Jürgen Schultz	FDP		

**Beginn:** 19:00 Uhr

**Ende:** 20:30 Uhr

**Tagesordnung:**

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls
3. Vorstellung der „Bildungsbrücke – Initiative für Chancengleichheit“
4. Einspruch der Partei DIE PIRATEN gegen das Ergebnis der Beiratswahl
5. Fragen, Wünsche & Anregungen aus der Bevölkerung
6. Verschiedenes

Hellena Hartung begrüßt die Anwesenden Anwohner\*innen, Gäste und Beiräte und eröffnet die Sitzung.

**TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung**

Genehmigt

**TOP 2: Genehmigung des Protokolls**

Genehmigt

**TOP 3: Vorstellung der „Bildungsbrücke“**

Herr Klingbeil-Jahr stellt die „Bildungsbrücke – Initiative für Chancengleichheit“ vor:  
Vor 11 Jahren initiierten das *Haus im Viertel*, die Friedensgemeinde und das Ortsamt einen Workshop, der die Bedürftigkeit von Kindern in Bezug auf Zusatzleistungen (Freizeiten, Ausflügen, Klassenfahrten, etc.) zum Thema hatte. Durch Befragungen in den Schulen und von Eltern seien die zusätzlichen Kosten pro Kind und Schuljahr ermittelt worden:

1. Schuljahr:	410€ pro Kind
2. - 4. Schuljahr:	340€ pro Kind
5. Schuljahr:	480€ pro Kind
10. Schuljahr:	520€ pro Kind

Der Workshop sei in der Konsequenz zu dem Schluss gekommen, dass eine Unterstützung der Kinder keine Wohltätigkeit darstelle, sondern im Gegenteil zwingend erforderlich sei. Man habe sich entschlossen, ein Bündnis im Stadtteil zu gründen; es entstand die „Bildungsbrücke“. Die „Bildungsbrücke“ biete wöchentliche Sprechstunden an, in denen Bedürftige sich beraten lassen könnten. Die Anträge würden schriftlich gestellt, der Nachweis der Bedürftigkeit werde unbürokratisch gehandhabt. Ein Vertrauensrat entscheide dann über die Vergabe der Gelder. Dieser bestehe aus 11 Personen und setze sich zusammen aus Bürger\*innen aus dem Stadtteil, Betroffenen, Vertreter\*innen der Schulen und Mitgliedern der Friedensgemeinde. Zusätzlich bewillige die Janos-Korczak-Stiftung Gelder für ein Studium oder die Ausbildung. Die Gelder seien nicht an besondere Leistungen oder Wohlverhalten geknüpft, es entscheide allein die Bedürftigkeit. Die Einnahmen pro Jahr beliefen sich auf durchschnittlich 45.000 € – 48.000 € einschließlich der Beiratsunterstützung und speisten sich aus Zuwendungen diverser Kleinspender und von einigen kleineren Firmen wie Anwaltssozialitäten. Es gebe keine Rücklagen oder Verwaltungskosten. Die Buchhaltung der Bildungsbrücke werde von der Helga-und-Reinhard-Werner-Stiftung gemacht. Pro Jahr würden etwa 100 Familien und 70 Kinder gefördert. Auf Bundesebene gebe es das „Bildungs- und Teilhabepaket“, welches aber nur mit einem Betrag von maximal 150 € helfe. Hier entstehe eine Deckungslücke zum tatsächlichen Bedarf, der von „Bildungsbrücke“ aufgestockt werde. Die „Bildungsbrücke“ sei ein Vorbild für andere Stadtteile und berate diese bei eigenen diesbezüglichen Initiativen.

Fragen / Stellungnahmen aus dem Publikum:

- Was bedeutet „unbürokratische Hilfe“?  
AW: Die Hilfe erfolge im vertraulichen Rahmen außerhalb des Schulbetriebs und die Bedürftigkeit lasse sich mit einfachen Nachweisen belegen.
- Was müssen Menschen machen, wenn man Spenden will?  
AW: Entweder werde es auf das Konto der Helga und Reinhard-Werner-Stiftung überwiesen oder bar bei der Friedensgemeinde eingezahlt. Es gebe Spendenquittungen und es seien auch anonyme Spenden möglich.
- Wie kann der Beirat noch unterstützen?  
AW: Der Beirat könne Besuche in den Schulen machen und die Lehrer informieren. Außerdem könnten Handzettel verteilt und Pressearbeit geleistet werden.

- Gibt es ein Unterschied bei den Leistungsbeziehern?

AW: Die Anzahl von Geflüchteten habe in den letzten Jahren zugenommen und es lebten immer mehr Menschen knapp über der Hartz IV Grenze. Es gebe viele Bezieher von Transferleistungen, aber auch Selbstständige und Kleinkünstler. Letztere könnten die Bedürftigkeit beispielsweise über den Steuerbescheid nachweisen.

Die Beiräte berichten, dass sich auf der Homepage Feedback der Lehrer befinde, die über die positiven Effekte für die Schüler\*innen berichten und regen an, die Referendare über das Landesinstitut für Schule (LiS) anzusprechen. Ein Steueranwalt klärt darüber auf, dass die Spenden steuerlich berücksichtigt würden.

#### **TOP 4: Einspruch der Partei DIE PIRATEN gegen das Ergebnis der Beiratswahl**

Die Partei „DIE PIRATEN“ hat Einspruch gegen ihre Nichtzulassung zur Ortsbeiratswahl aus formalen Gründen (fehlerhafte Beantragung) erhoben. Über den Einspruch muss der Beirat nun befinden. Der Beiratssprecher erläutert die Problematik: Kann der Beirat über Rechtsfragen entscheiden und ist er nicht selbst befangen? Die GRÜNEN und DIE LINKEN meinen nein und bekunden, dass sie sich bei der Abstimmung enthalten werden. Die SPD, CDU, FDP und *LebenimViertel* werden den Einspruch ablehnen. Sie stimmen den GRÜNEN und der LINKEN zwar prinzipiell zu, sind aber der Meinung, dass der Beirat sich zu dem Einspruch verhalten müsse. Der Einspruch sei abzulehnen, da die Partei DIE PIRATEN die Möglichkeit gehabt hätte, den Mangel zu heilen.

Abstimmung:

Der Einspruch der Partei „DIE PIRATEN“ wird vom Beirat bei 6 Enthaltungen abgelehnt.

#### **TOP 5: Fragen, Wünsche & Anregungen aus der Bevölkerung**

Keine

#### **TOP 6: Verschiedenes**

Wahl einer Sachkundigen Bürgerin für die Projektausschuss Pauliner Marsch:

Frau Ute Treptow wird einstimmig bestätigt.

Sitzung beendet.

**Vorsitz**

Hellena Harttung

**Sprecher Beirat ÖV**

Steffen Eilers

**Protokoll**

Manuela Jagemann & Arne Meyer

Beschluss des Beirats Östliche Vorstadt

vom 12. November 2019

für die

**Entscheidung über den Einspruch der PIRATEN vom 25.07.2019  
gegen die Beiratswahlen**

Die Partei DIE PIRATEN hat am 25.07.2019 Einspruch gegen die Beiratswahlen in der Östlichen Vorstadt eingelegt. Hintergrund ist die Rechtmäßigkeit der Nichtzulassung der Partei zur Wahl.

Gemäß § 53 Abs. 4 des Bremischen Wahlgesetzes hat der Beirat nach einer Vorprüfung durch einen Ausschuss über diesen Einspruch zu entscheiden. Der Beirat Östliche Vorstadt hat sich mit den Argumenten der PIRATEN sowie der Wahlbereichsleiterin eingehend auseinandergesetzt und folgenden Beschluss gefasst:

Beschluss:

Der Beirat Östliche Vorstadt beschließt auf seiner Beiratssitzung vom 12. November 2019 einstimmig bei sechs Enthaltungen und keiner Gegenstimme den Einspruch der Piraten gegen das Ergebnis der Beiratswahlen abzulehnen.

Bremen, d. 12. November 2019

Der Beirat Östliche Vorstadt